

fragen, ohne partei- oder berufspolitische Einseitigkeit, nationale Wirtschafts- und Wohlfahrtsentfaltung anstrebt, dient zugleich der Wiederherstellung der vollen politischen Freiheit Deutschlands. An der Lösung dieser umfassenden Aufgaben zu ihrem Teil mit bestem Bemühen mitzuarbeiten, betrachten die deutschen Industrie- und Handelskammern und der Deutsche Industrie- und Handelstag als ihre wie der von ihnen vertretenen Wirtschaftskreise vornehmste Aufgabe.

Das hier niedergelegte Programm wird man wohl allgemein vorbehaltlos unterschreiben können. Aus den großen Reden der Versammlung verdient besonders die des geschäftsführenden Präsidialmitglieds des Deutschen Industrie- und Handelstages Reichswirtschaftsminister a. D. Dr. Hamm noch Beachtung. Aus der Gesamtheit der Lage leitete der Redner, nachdem er zunächst allgemein die kapitalistische Privatwirtschaftsordnung verteidigt hatte, nach dem Bericht der Industrie- und Handelszeitung die Notwendigkeit deutscher Wirtschaftspflege ab. An erster Stelle stehe das Erfordernis der Einheitlichkeit einer kraftvollen Wirtschaftspolitik. Da der wirtschaftliche Aufbau Deutschlands nur auf dem Boden der Privatwirtschaftsordnung erfolgen könne, müsse sich die Staatsgewalt von allen nicht zwingend veranlassenden Eingriffen in sie enthalten. Der Redner streifte in diesem Zusammenhange die Frage der öffentlichen Lasten und die Forderung nach Steuerabbau, der vorerst Ausgabenminderung verlangt und damit auf die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform hinweist. Durchprüfung der öffentlichen Aufgaben auf ihre Unentbehrlichkeit und auf die beste Stelle ihrer Ausführung, sei unbedingtes Erfordernis. Als Grundlage für die Verwaltungsreform müsse die im deutschen Wesen und in der deutschen Geschichte verwurzelte Selbstverwaltung gewählt werden. Es scheine möglich, die Rechtsnormen, nach denen die Selbstverwaltung sich bewegt, innerhalb Deutschlands im wesentlichen gleich zu gestalten. Auch für die Realsteuern müsse eine wesentliche Rechtsgleichheit hergestellt werden. Was die öffentlichen Aufwände betreffe, so stehe die deutsche Volkswirtschaft unter einem Druck, der auf die Dauer unerträglich sei. Es gehe ferner nicht an, schlechthin in jeder Lohnerhöhung eine soziale oder wirtschaftliche Verbesserung zu sehen. Das staatliche Schlichtungswesen habe lange Zeit die Tendenz einer Verallgemeinerung verfolgt. Soll es volkswirtschaftlich erträglich sein, so werde es hiervon abgehen müssen. Insbesondere die Verbindlichkeitserklärung werde auf die Fälle zu beschränkt sein, wo ganz überragende Interessen des Staates und der Volkswirtschaft zusammentreffen. Die gegenwärtige Lage sei unsicher und ein Abgleiten des Absatzes und der Beschäftigung auf höhere Löhne hin allzu leicht möglich, als daß Kosten-erhöhungen durch Lohnerhöhungen leicht genommen werden dürften. Auch aus Gründen der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge müsse eine vorsichtige Lohnpolitik verfolgt werden. Der Vortragende berührte zum Schluß das Problem der Handelspolitik, die, wie er betonte, gleichfalls auf längere Sicht gemacht werden müsse, und mahnte zu einer inneren Übereinstimmung über die Ziele und Wege der Wirtschaftspolitik, die allein der nach wie vor in bedrängter, unsicherer und schwieriger Lage befindlichen deutschen Wirtschaft die Möglichkeit zum Vorwärtkommen verschaffen würde.

Ungefähr gleichzeitig fand in Berlin auch der 3. Internationale Autorenkongress statt. Zu der Eröffnungssitzung im Plenarsaal des alten preussischen Herrenhauses hielt nach dem Reichsjustizminister der preussische Kultusminister Dr. Beder eine Ansprache, die in mancher Hinsicht Beachtung verdient. Er hieß die Kongreßteilnehmer namens der preussischen Staatsregierung und insbesondere namens des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung willkommen und führte dann den Presseberichten zufolge u. a. aus: Die Probleme, die den Arbeiten und Beratungen des Kongresses zugrunde liegen, seien die gleichen, um deren Lösung er selbst als Kultusminister besonders bemüht sein müsse, das heißt die Probleme, die das Verhältnis des einzelnen, schöpferischen Menschen zur Gesamtheit, das Verhältnis zwischen Kunst und Staat berühren. Schon rein begrifflich ergäben sich aus dieser Gegenüberstellung Spannungen, ja sogar Widersprüche zwischen dem um die freie Entfaltung und Vollendung seiner Persönlichkeit ringenden Künstler und dem Staat,

der die Lebensinteressen des ganzen Volkes vertritt, und der deshalb naturgemäß einen Maßstab zur Richtschnur nehmen müsse, der dem Durchschnitt entspricht. Durchschnitt aber sei der Feind der künstlerischen Persönlichkeit, der Tod der Kunst. Bei allen großen Künstlern empfinde man ein tiefes Verständnis für die besonders innige Verbundenheit mit ihrer Nation und mit ihren Mitmenschen. Besonders bei Richard Wagner zeige sich, daß trotz seiner Abneigung gegen den Staat diese Verbundenheit besonders deutlich ausgeprägt sei. Gerade er sei sich immer bewußt gewesen, daß der Künstler nichts Neues erfinde, sondern daß er nur das Leben seines Volkes in tieferem Sinne als der Durchschnittsmensch begreife und im Kunstwerk sich und seinem Volke zum Bewußtsein bringe. Der alte Staat konnte wohl dem Künstler, so führte der Minister weiter aus, in seinen Forderungen nach Schutz des geistigen Eigentums entgegenkommen. Seiner ganzen Struktur nach aber, seiner Tendenz zu einem Obrigkeitsstaat entsprechend mußte es ihm besonders schwer fallen, den Künstler mit dem Wesen des Staates zu versöhnen. Unser Volksstaat, der seine Aufgabe in erster Linie darin sieht, das kulturelle Leben durch die Teilnahme aller Staatsbürger anzuregen und zu vertiefen, könne die Forderung nach dem Schutz des geistigen Eigentums wohl anerkennen und sich auch zu eigen machen, aber doch nicht so restlos bejahen, wie es von den Kreisen der Interessenten wohl gefordert wird. Dem Künstler die Sicherung seiner Existenz zu gewährleisten, werde immer zu den vornehmsten Pflichten eines Volksstaates gehören. Aber der Staat müsse auch darüber wachen, daß nicht durch allzu weite und allzu übertriebene Ausdehnung des Eigentumsbegriffs auf das künstlerische Schaffen der Nation Kunstwerke vorenthalten und Schranken errichtet werden, die gerade im Interesse der Kunst selbst nicht zu rechtfertigen sind. Der internationale Charakter des Kongresses, so schloß der Minister, bürge für eine weitere Befestigung des europäischen Geistes, von dem unsere deutsche Kultur erfüllt ist. Er bedeute eine weitere Bindung im Sinne der Völkerverständigung auf künstlerischem Gebiet. Auf die Ergebnisse des Kongresses wird der Buchhandel wohl noch bei anderer Gelegenheit zurückzukommen haben.

In dem Maße, wie die Rationalisierungsbestrebungen, lebhaft gefördert durch die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels, auch auf Gebiete des letzteren übergreifen, gewinnen sie zugleich für den Buchhandel praktisch an Bedeutung und Interesse. Hier sei Gelegenheit genommen, in diesem Zusammenhang vor allem einmal auf die Frage der Formularnormung hinzuweisen. Der Ausschuß für wirtschaftliche Verwaltung beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit hat vor kurzem, zunächst im Entwurf, Richtlinien für Rechnungsdruck herausgegeben. Sie befriedigen die Ansprüche des Einzelhandels noch nicht. Aber an einer Vereinheitlichung der Fakturen hat dieser das größte Interesse. Das gilt nicht minder für den Buchhandel. Er hat wohl seine eigenen Bedürfnisse, die ihn voraussichtlich hindern müssen, allgemeine Vordrucke des übrigen Warenhandels ohne weiteres zu übernehmen. Aber an der Normung an sich hat er sicherlich größtes Interesse. Mit Recht macht die Hauptgemeinschaft des Einzelhandels darauf aufmerksam, daß eine solche Normung auch für die Durchführung einer regelmäßigen statistischen Erhebung eine wesentliche Erleichterung bringen würde. Der Wert solcher Betriebsstatistiken kann nicht mehr bestritten werden. Der letzte Geschäftsbericht der Deutschen Buchhändlergilde weist z. B. auf die große Bedeutung des Lagerumschlags hin und fordert die Sortimentler auf, dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. »Lagerhöhe und Lagerwert müssen in gesunder Relation zum Umsatz gehalten werden.« Auch wir haben ja hier immer wieder die Bedeutung des Lagerrisikos unterstrichen. Wie aber will man feststellen, welche Relation gesund und normal ist, wenn man nicht in sorgfamer statistischer Beobachtung die objektiven Unterlagen dafür sucht und die eigenen Erfahrungen an denen verwandter Betriebe nachkontrolliert? Das Gefühl täuscht hier sehr oft und genügt allein nicht. Erst Zahlen beweisen. Den stärksten Unkostenanteil stellen bekanntlich Löhne und Gehälter dar. Nun hat man mehr und mehr erkannt, daß im Einzelhandel der Bereitschaftsdienst eine besondere Rolle spielt. Das Personal muß da sein, ohne dauernd beansprucht zu sein. Entsprechende